

 Bundestagswahl in Deutschland

Bundestagswahl in Deutschland

am 22. September 2013

Wahlanalyse

Viola Neu

ANSPRECHPARTNER:

Dr. Viola Neu
Leiterin Team Empirische Sozialforschung
Hauptabteilung Politik und Beratung
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Klingelhöferstr. 23
10785 Berlin
030 26996 3506
viola.neu@kas.de

Dr. Michael Borchard
Hauptabteilungsleiter
Politik und Beratung
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Klingelhöferstr. 23
10785 Berlin
030 26996 3550
michael.borchard@kas.de

Die Bundestagswahl vom 22. September 2013¹

Das Wahlergebnis und seine wesentlichen Bestimmungsgründe

Die **CDU** hat ein besonders gutes Ergebnis erreicht. Zuletzt schnitt sie 1994 so gut ab. Das Wahlergebnis ist vor allem ein Vertrauensbeweis gegenüber der Kanzlerin Angela Merkel. Seit 2005 hat sie parteiübergreifend Wähler angesprochen und diese für die Union mobilisieren können. Ohne die Öffnung für neue Wählerschichten ist der Zuwachs nicht zu erklären. Dabei profitiert die Kanzlerin von ihren Imagewerten und dem hohen Zutrauen in ihre politischen Lösungskompetenzen, die in allen Wählerschaften hohe Akzeptanz finden. Für die Wähler, die sich für die Union entschieden war die Kandidatenfrage gleich wichtig wie die Sachfragen (38:36). Bei allen anderen Parteien lagen die Sachfragen deutlich vor den Personenfragen (Infratest dimap).

Der Union ist es insgesamt gelungen, sich in ihren wesentlichen politischen Kernkompetenzen innerhalb der letzten Legislaturperiode zu stabilisieren und größeres Vertrauen zu gewinnen. Selbst im Feld der sozialen Gerechtigkeit holte sie auf, was angesichts des stabilen Images der SPD in diesem Bereich bemerkenswert ist. Die Union erreicht 41,5 Prozent der Zweitstimmen. Davon entfallen 34,1 Prozent auf die CDU und 7,4 Prozent auf die CSU. Die CDU gewinnt 6,9 Punkte hinzu, die CSU 0,9. Insgesamt macht die Union ein Plus von 7,7 Punkten. Nachdem die Union bereits 2009 218 ihrer 239 Mandate direkt erworben hatte, erhielt sie 2013 auch einen Zuwachs bei den Wahlkreisbewerbern. Insgesamt werden 236 direkt gewählt Abgeordnete für die Union im Bundestag vertreten sein und 75 Mandate kommen über die Landesliste. Damit erhält die Union 311 Sitze von insgesamt 631 (+72 Mandate).

¹ Wir danken herzlich der Forschungsgruppe Wahlen und Infratest dimap, die uns vorab die Ergebnisse der Wahltagsbefragung zur Verfügung gestellt haben.

Der Zuwachs der Union ist auch in historischer Perspektive beachtlich. Ein Bundeskanzler, der zum dritten Mal antritt, hat normalerweise Probleme an alte Erfolge anzuknüpfen. Lediglich Konrad Adenauer hat 1957, nachdem er bereits 1949 und 1953 zum Bundeskanzler gewählt wurde, sein Vorwahlergebnis verbessert, allerdings unter anderen Bedingungen, da sich im Parteiensystem langsam ein Konzentrationsprozess abzeichnete. Angela Merkel ist es gelungen, bei ihrer dritten Kandidatur das Ergebnis der Union erheblich zu verbessern. Das Wahlergebnis liegt etwas über dem Ergebnis von 1994. Und es ist auch ein positives Votum für die Volksparteien. Auch wenn die SPD auf einem eher niedrigen Niveau verharret, haben die Volksparteien – zusammen gerechnet – einen deutlichen Zuwachs erhalten.

Die Union kann auch in den Großstädten (außer Duisburg) zum Teil überdurchschnittlich zulegen. Die stärksten (zweistelligen) Zugewinne gelangen ihr in Baden-Württemberg, Brandenburg und Sachsen-Anhalt. Die Wahlkreise mit den besten Zweitstimmenergebnissen der Union liegen fast ausschließlich in Bayern (außer Cloppenburg-Vechta). Das schlechteste Zweitstimmenergebnis erhält die Union in Berlin-Friedrichshain-Prenzlauer Berg (15,4 Prozent).

Die Wählerschaft der Union gehörte bei dieser Wahl interessanterweise zu den ausgesprochen frühentschiedenen Wählern. 37 Prozent hatten sich schon vor längerer Zeit entschieden und 18 Prozent gaben an, immer die gleiche Partei zu wählen (Durchschnitt 14 Prozent; Infratest dimap).

Die **SPD** konnte, nachdem ihr Kandidat direkt nach seiner Ausrufung zunächst relativ gute Bewertungen erhielt, sich von dem Einbruch während der Kampagne nicht mehr erholen. In einer Situation, bei der die Mehrheit der Deutschen sich weiterhin Merkel als Kanzlerin wünschten und somit die Personenwahl eine große Rolle spielt, war das ein deutlicher Malus. Zumal selbst im Kernfeld der Sozialdemokratie eine Schwächung

aufgetreten ist: Inhaltlich konnte sie sich in der Opposition nicht regenerieren und Vertrauen in ihre Lösungskompetenz zurückgewinnen. Beim Wahlergebnis erholte sie sich gegenüber der Vorwahl und wurde von 25,7 Prozent gewählt (+ 2,7 Punkte).

Die SPD wird 193 Abgeordnete in den Bundestag entsenden. Erneut hat die SPD bei den Wahlkreiskandidaten Einbußen zu verzeichnen. Hatte sie 2005 noch 145 direkt gewählte Abgeordnete, waren es 2009 nunmehr 64 und 2013 58. Damit hat die SPD in großen Flächen Deutschlands keinen direkt gewählten Abgeordneten mehr. In Schleswig-Holstein und Berlin hat sie zwei Direktmandate, in Rheinland-Pfalz und Brandenburg eines, in Baden-Württemberg, Bayern, dem Saarland, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen keines. In ihren alten Hochburgen in Nordrhein-Westfalen schneidet die SPD (mit wenigen Ausnahmen) am besten ab. Die Wahlkreise mit den besten Zweitstimmenergebnissen liegen in Gelsenkirchen, Aurich-Emden, Herne-Bochum II, Duisburg II und Essen II. Die schlechtesten Zweitstimmenergebnisse liegen in Sachsen.

Die **Linke** hat mit einem Minus von 3,3 Punkten deutliche Einbußen zu verzeichnen. 8,6 Prozent der Wähler haben für sie gestimmt, so dass sie ein Fünkchen (genau 0,2 Punkte) vor den Grünen liegt und damit werben kann, sie sei drittstärkste Partei. Doch sind die Verluste nicht nur bei den Zweitstimmen, sondern bei den Erststimmen geradezu dramatisch. Außer den 4 Direktmandaten in Berlin (welche die PDS bzw. Linke fast immer gewann) hat sie 12 Direktmandate verloren, übrigens alle an Kandidaten der CDU. Die Linke hatte sich zudem lange Zeit in Umfragen von den innerparteilichen Zerwürfnissen nicht erholt. Auch wenn ein Einzug in den Bundestag über die Direktmandatsklausel nicht ernsthaft bezweifelt wurde, schien es doch lange Zeit so, dass die Partei sich knapp an der Fünf-Prozent-Hürde bewegt. Erst durch die Schlussmobilisierung im

Wahlkampf – wahrscheinlich durch den eigentlichen Spitzenkandidaten² Gregor Gysi – konnte sie Teile ihres Potentials reaktivieren.

Die **Grünen**, mit einem Resultat von 8,4 Prozent und einem Verlust von 2,3 Punkten, hatten wesentlich größere Hoffnungen. 2010 begann ihr Stern in den Meinungsumfragen zu steigen und nach Fukushima kamen sie in der politischen Stimmung der Forschungsgruppe Wahlen im April 2011 zwischenzeitlich auf 27 Prozent. Danach setzte ein steter Rückgang ein, der auch durch die Wahlkampfstrategie nicht eingeholt werden konnte. Obwohl die Grünen in den Bereichen Umwelt und Energie ein klares Kernkompetenzprofil haben, wurde dieses in der Kampagne zugunsten von Themen aus dem Bereich der sozialen Gerechtigkeit zurückgestellt. Viele programmatische Forderungen ähnelten denen der Linken, auch wenn sie nicht ganz so weitgehend waren. Diese Kommunikation könnte in der Wählerschaft zu kognitiven Dissonanzen geführt haben (was spätere Analysen prüfen müssen). Die Grünen können ihr mittlerweile zum vierten Mal in Folge erworbenes Direktmandat von Hans-Christian Ströbele in Berlin Friedrichshain-Kreuzberg erneut verteidigen. Im Wahlkreis Stuttgart I unterlag Cem Özdemir mit weniger als fünf Punkten Differenz. Die Grünen bauten vor allem auf ihre Spitzenkandidaten, Jürgen Trittin und Katrin Göring-Eckardt. Der erste gewählte grüne Ministerpräsident, Winfried Kretschmann, blieb eher im Hintergrund.

Die **FDP** ist zum ersten Mal bei einer Bundestagswahl – allerdings denkbar knapp – an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert. Mit 4,8 Prozent hat sie Einbußen von 9,8 Punkten zu verzeichnen. Da sie auch keine drei Direktmandate erworben hat, wird sie dem nächsten Bundestag nicht angehören. Nach dem besten Ergebnis ihrer Geschichte von 2009 (14,6 Prozent) folgt 2013 das schlechteste. Kam das Ergebnis 2009 vor allem durch den Wunsch zustande, die Große Koalition zu beenden, was einen

² Die Linke hat aus jedem denkbaren Flügel einen Spitzenkandidaten nominiert, so dass sich bei der Nominierung acht Kandidaten auf der Bühne tummelten. Bundesweit wurden jedoch nur Sahra Wagenknecht und Gregor Gysi plakatiert.

erheblichen Anteil ehemaliger CDU-Wähler motivierte, die FDP zu unterstützen, so fehlte das Motiv. Innerhalb kürzester Zeit (seit Anfang 2010) wurde die FDP in der Regierung sehr kritisch bewertet. Während die Union fast immer positive Bewertungen erhielt, verharrten die Liberalen im negativen Bereich. Dies führte am Ende dazu, dass ihr die Rolle als „Funktionspartei“ verloren ging. Auch ihr bundespolitisches Spitzenpersonal entfaltete wenig Anziehungskraft. Mit Guido Westerwelle zeigten sich zwar vor der Wahl 49 Prozent der Wahlberechtigten zufrieden, der Spitzenkandidat Rainer Brüderle erhielt einen Wert von 28 Prozent und am Ende der Liste stand der Bundesvorsitzende Philipp Rösler mit 23 Prozent (DeutschlandTREND, September 2013). In keiner Partei gibt es so viele taktische Wähler wie bei der FDP. 46 Prozent der Wähler nennen taktische Gründe, 51 Prozent wählen die Partei aus Überzeugung (Infratest dimap).

Die **Alternative für Deutschland** (AfD) ist mit 4,7 Prozent knapp an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert. Als Ein-Themen-Partei mit wiederholten problematischen Äußerungen ihres Spitzenpersonals mobilisierte sie Wähler, die mit der Europapolitik und dem Euro unzufrieden sind und bekam, wie alle Protestparteien vor ihr, Zuspruch bei ehemaligen Nichtwählern. Die AfD fiel mit einer vergleichsweise professionellen deutschlandweiten Plakatkampagne auf. Für eine Partei, die erst im April gegründet wurde und nach eigenen Angaben über 16.000 Mitglieder verfügt, eine Aktivität, die bislang von keiner anderen „jüngeren“ Partei in einem vergleichbaren Maßstab durchgeführt werden konnte. Sie profitierte zudem von einer ausgesprochen hohen Medienpräsenz. Die AfD wird außerhalb ihrer eigenen Anhängerschaft allerdings ausgesprochen negativ wahrgenommen (-1,4 alle; Forschungsgruppe Wahlen). Ein Wert, den auch die Linke erhält. Aber AfD-Anhänger bewerten sie mit 3,8. Während der typische Piratenwähler zu 61 Prozent „Unzufriedenheit mit anderen Parteien“ als Wahlmotiv nennt, sagen dies von den AfD-Anhängern 37 Prozent; 60 Prozent nennen politische Inhalte (Forschungsgruppe Wahlen). Bei Infratest dimap dagegen nennen 57

Prozent als Motiv „Enttäuschung“. Zudem ist es der AfD gelungen, erst in den letzten Wochen bis zum Wahltag drei Viertel ihres Potentials zu mobilisieren (Infratest dimap).

Von den anderen kleinen Parteien verfehlten die **Piraten** mit 2,2 Prozent (+0,2 Punkte) deutlich den Einzug ins Parlament. Der Schwung, den sie vor allem 2011 verspürten und der in vier Einzügen in Landtage mündete, ist verebbt. Personelle Querelen, öffentliche Indiskretionen und eine thematisch enge Festlegung, machten es darüber hinaus schwer, Wählerpotentiale zu mobilisieren. Die **NPD** erreichte 1,3 Prozent der Stimmen (-0,2 Punkte). Die **REP** bleiben mit 0,2 Prozent bedeutungslos.³ Die NPD hatte zwar mit einer aggressiven Kampagne geworben, doch auch hier sind personelle Ermüdungs- und Abnutzungserscheinungen gekoppelt mit innerparteilichen Richtungskämpfen, nicht gerade ein Ansporn ihre potentielle Wählerschaft zu motivieren. Die Freien Wähler, die zum ersten Mal bei einer Bundestagswahl teilnahmen, erreichten 1,0 Prozent und nehmen damit an der staatlichen Parteienfinanzierung teil. Ursprünglich wollten sie gemeinsam mit der Wahlalternative 2013, aus der sich im Frühjahr dann die AfD gründete, in den Wahlkampf ziehen. Ein Teil der bekannteren Unterstützer wechselte von den Freien Wählern zur AfD.

Seit der letzten Bundestagswahl hat sich das **Wahlrecht** geändert. Überhangmandate werden durch Ausgleichsmandate ausgeglichen, so dass sich der Bundestag ausschließlich über die Zweitstimmenanteile zusammensetzt. In den letzten Bundestag zogen insgesamt 622 Abgeordnete ein. Davon entfielen 24 auf Überhangmandate (21 für die CDU und 3 für die CSU). Von den Überhangmandaten profitierten zwar nur Union und SPD⁴, allerdings bei jeder Wahl eine andere Partei. Zudem war nie ausgeschlossen, dass auch die Linke auf Überhangmandate kommen könnte, da sich erst nach der Wiedervereinigung die Anzahl der

³Die Partei DIE RECHTE, die von dem Rechtsextremisten Christian Worch gegründet wurde, erhält 0,0 Prozent der Stimmen. Sie kandidierte jedoch nur auf der Landesliste Nordrhein-Westfalen.

⁴ Mit Ausnahme von 1953 als die DP ein Überhangmandat erhielt.

Überhangmandate steigerte. Aufgrund der Änderung des Wahlrechts entfällt bei der Wahl die Wirkung der Überhangmandate, da sie durch Ausgleichsmandate ausgeglichen werden. Der Bundestag setzt sich bei dieser Wahl aus 299 direkt und 299 über die Liste gewählten Abgeordneten zusammen plus die eventuell entstehenden Überhang- und Ausgleichsmandate. Entscheidend für die Fraktionsgröße ist allein die Zweitstimme, die für die Partei abgegeben wird. Die Befürchtungen, es könnte durch die Ausgleichsmandate zu einer Aufblähung des Parlaments kommen, sind nicht eingetreten. Von den 631 Mandaten sind 28 Ausgleichsmandate. Damit ist der Bundestag nur um 9 Abgeordnete größer geworden.

Die **Wahlbeteiligung** ist um 0,7 Punkte auf 71,5 Prozent gestiegen. Den noch eine Woche zuvor in den Medien, z.B. im Spiegel propagierten weiteren Rückgang der Wahlbeteiligung hat es nicht gegeben.

Das Meinungsklima in der Wahlperiode

Nach der Bundestagswahl geriet die Koalition bereits im Winter 2010 in ein negatives Meinungsklima. Hauptsächlich verursacht durch einen dramatischen Vertrauensverlust der FDP, die u.a. durch die sogenannte „Hotelsteuer“ dem Verdacht von Gefälligkeitsentscheidungen ausgesetzt wurde. Letztlich ist es der FDP während der gesamten Legislaturperiode nicht wieder gelungen, sich von diesem Trend zu befreien. 2013 konnte sie ihre Bewertungen (gemessen auf einer Skala von +5 bis -5) kontinuierlich verbessern, verharrte jedoch im negativen Bereich (Abbildung 1; Forschungsgruppe Wahlen). Die Union verzeichnete ebenfalls 2010 einen Einbruch im Meinungsklima, konnte sich davon aber bereits 2010/2011 wieder erholen und wurde bis zum Ende der Legislaturperiode zunehmend besser beurteilt und stets im positiven Bereich (Forschungsgruppe Wahlen) gesehen.

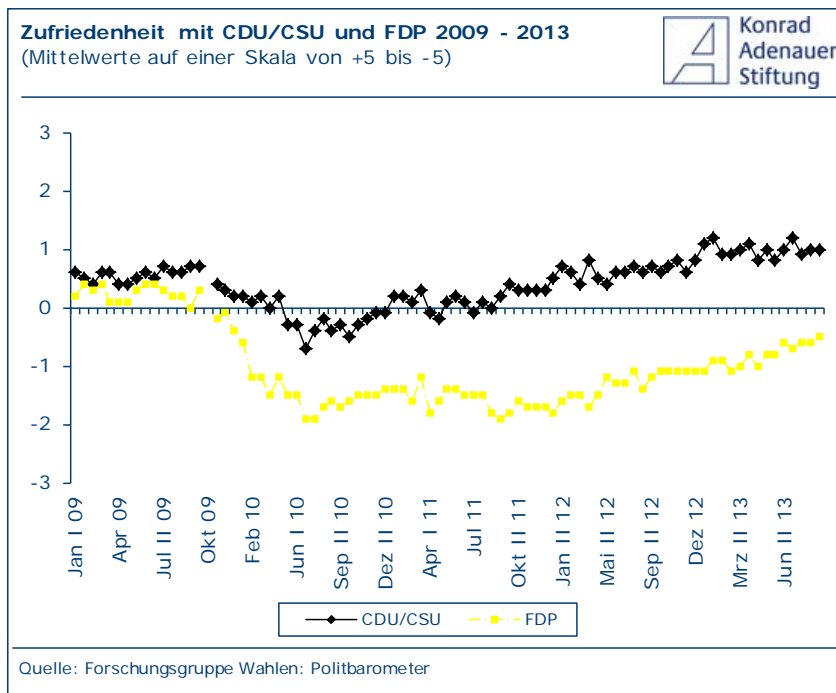


Abbildung 1

Während der gesamten Legislaturperiode befand sich die FDP in der Regierung in einem negativen Meinungsklima. Am Ende wurde die Union in der Regierung mit 1,3 bewertet, die FDP mit -0,7. Die Oppositionsarbeit der SPD kam auf 0,8, die der Grünen auf 0,1 und die der Linken auf -0,8 (Forschungsgruppe Wahlen). Doch nicht nur die Bewertung der Arbeit der Bundesregierung, auch die Zustimmung zu den Koalitionsparteien fiel sehr unterschiedlich aus. Die Union verbesserte sich von 1,2 (2009) auf 1,7 (2013). Die FDP hat gegenüber 2009 einen drastischen Ansehensverlust zu verkräften. Von +0,6 fiel sie auf -0,9 (Abbildung 2; Forschungsgruppe Wahlen).

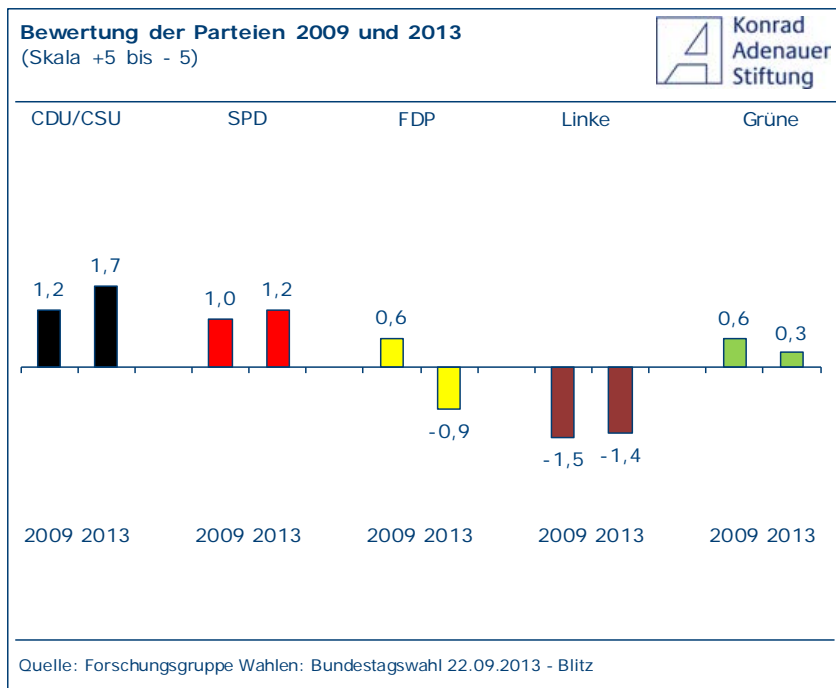
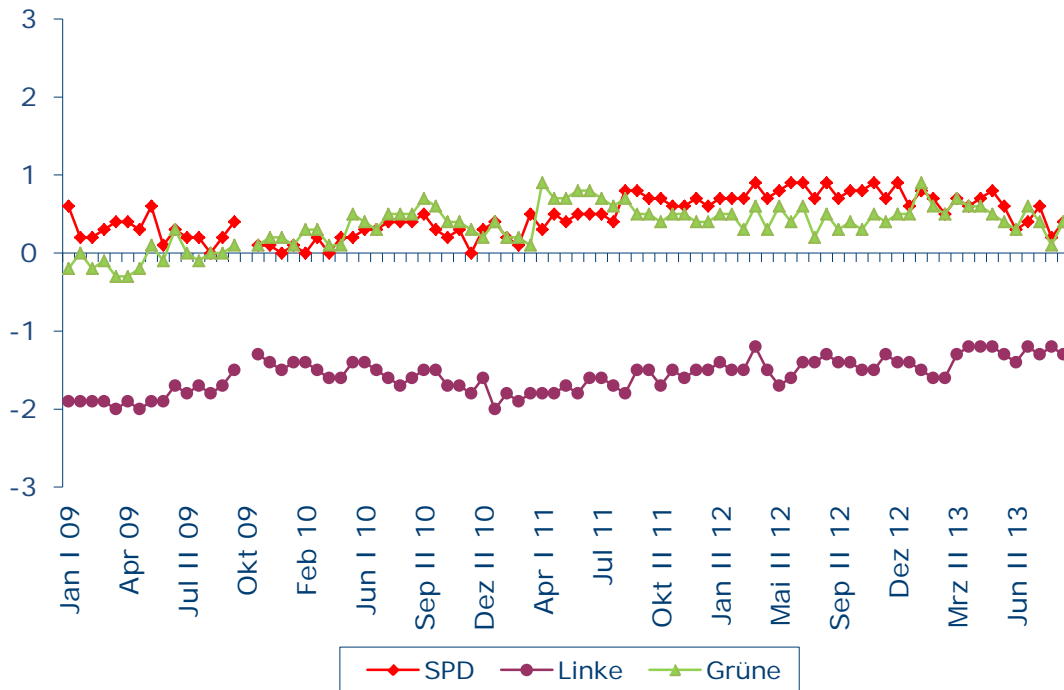


Abbildung 2

Bei den Oppositionsparteien herrschte hingegen Stagnation. Zwar wurden SPD und Grüne fast die ganze Legislaturperiode überwiegend im positiven Bereich angesiedelt; die Linke verharrte im negativen Bereich mit leichten Verbesserungen am Ende der Legislaturperiode. Bei Grünen und SPD sank die Zufriedenheit gegen Ende der Legislaturperiode (Abbildung 3). Insgesamt konnte sich die SPD gegenüber der Vorwahl verbessern: von 1,0 auf 1,2. Die Grünen verschlechterten sich von 0,6 auf 0,3 und die Linke blieb etwa gleich (von -1,5 auf -1,4; Abbildung 2).

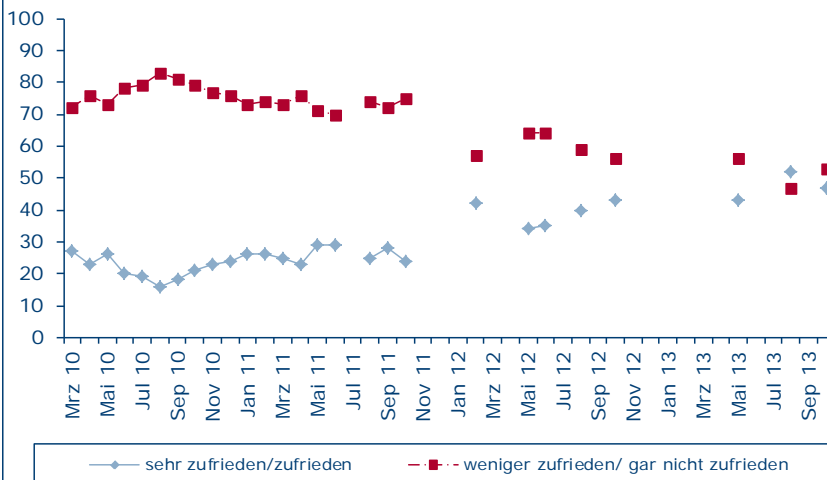
Zufriedenheit mit SPD, Grüne und Linke 2009 - 2013
(Mittelwerte auf einer Skala von +5 bis -5)



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen: Politbarometer

Abbildung 3

Regierungszufriedenheit
Wie zufrieden sind Sie mit der Arbeit der Bundesregierung?
Sind Sie damit...



Fehlende Werte zu 100%: Weiß nicht/keine Angabe
Quelle: Infratest dimap: DeutschlandTREND

Abbildung 4

Obwohl Große Koalitionen bei den Wählern traditionell auf eine große Zustimmung stoßen, ist es der schwarz-gelben Koalition gelungen, am

Ende der Regierungszeit von über der Hälfte der Wahlberechtigten positiv bewertet zu werden (Abbildung 4). Auf eine so große Zustimmung konnte auch die rot-grüne Koalition nie bauen.

Ein weniger eindeutiges Bild ergibt (fast schon traditionell) die Frage nach der Bewertung von zukünftigen Koalitionen. Am besten wird fast immer eine Große Koalition bewertet (so auch bei dieser Wahl). Je nach Fragetechnik der Institute (aber ohne entscheidende Differenzen) liegt dann entweder Schwarz-Gelb oder Rot-Grün an zweiter Stelle (Abbildungen 5 und 6). Andere Optionen erhalten ausgesprochen niedrige Nennungen. Am Ende des Wahlkampfes erhielt eine Große Koalition von 52 Prozent eine gute Bewertung, die bürgerliche Koalition von 36 Prozent, 33 Prozent bewerteten Rot-Grün gut, 26 Prozent Schwarz-Grün und 19 Prozent Rot-Rot-Grün (Abbildung 6). 2009 lag die schwarz-gelbe Koalition noch vor der Großen Koalition (Forschungsgruppe Wahlen).

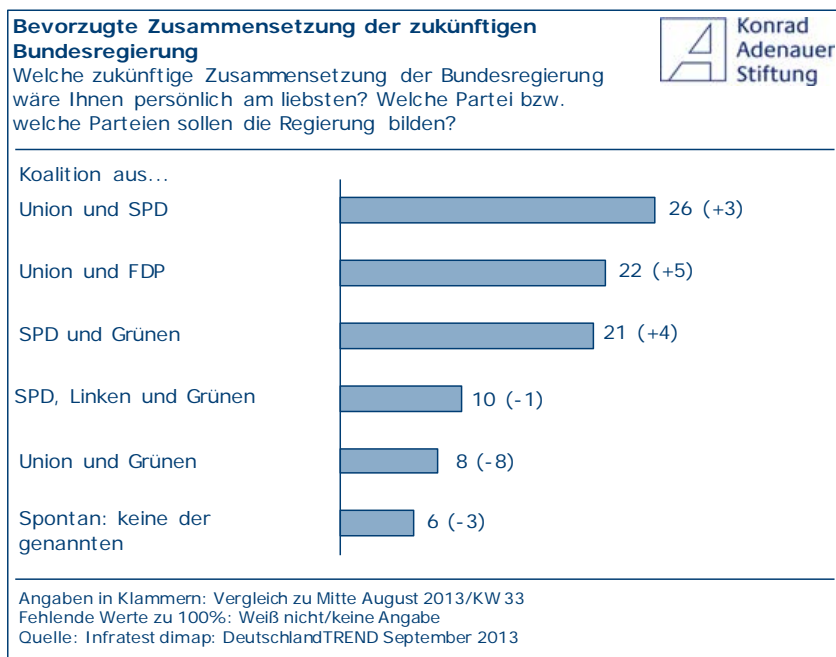


Abbildung 5

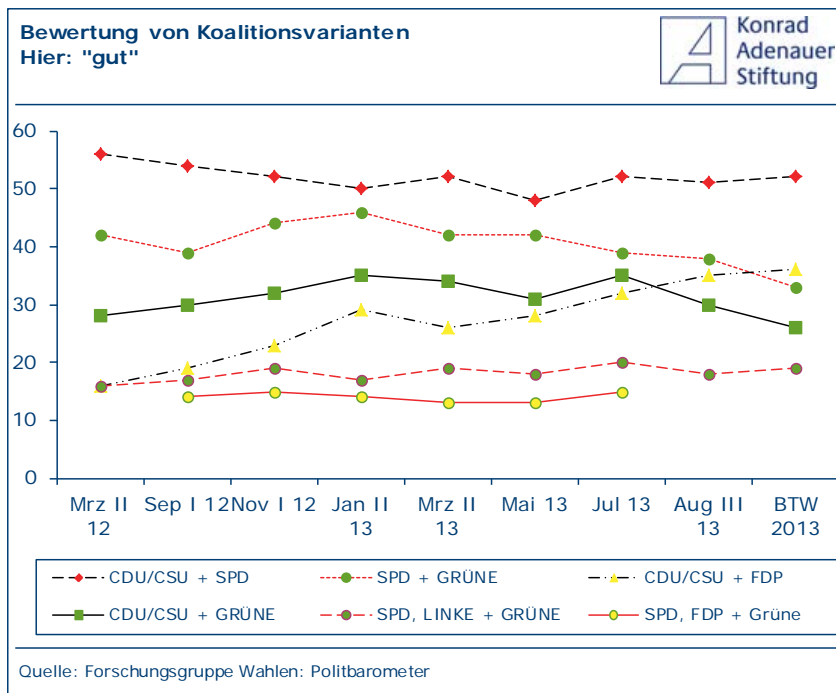
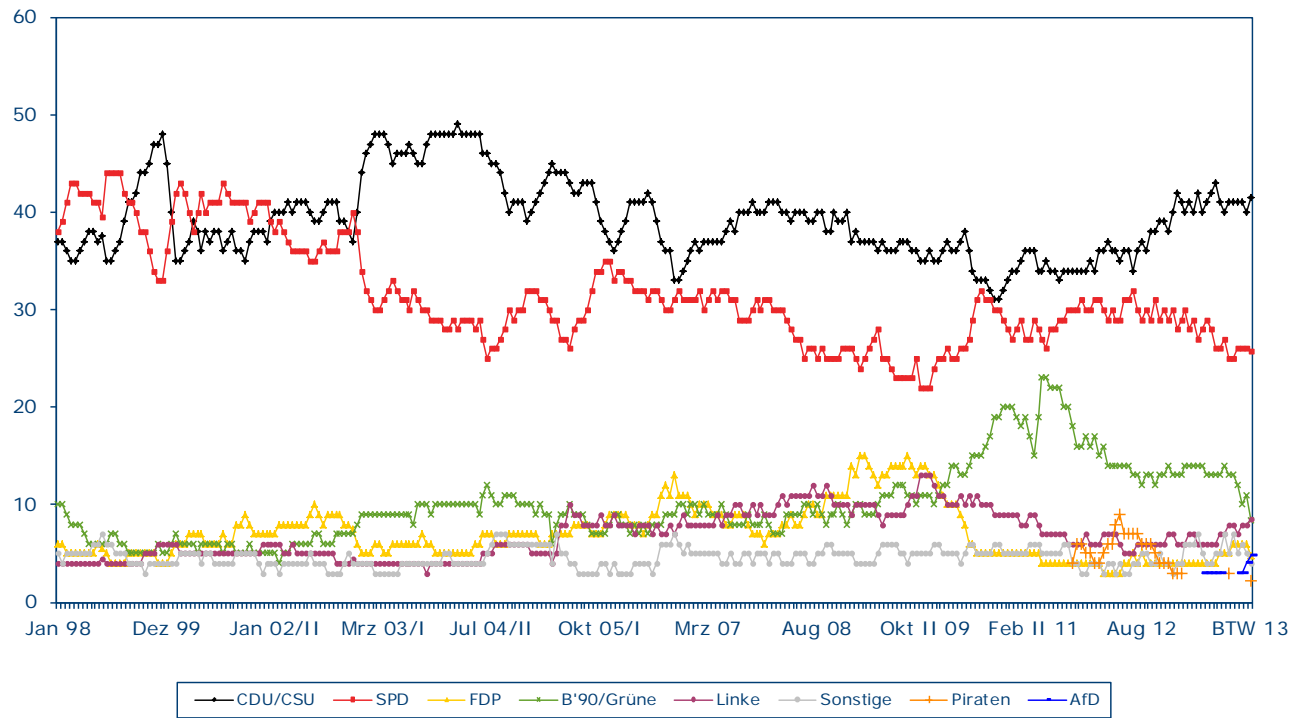


Abbildung 6

Effekte, die eine nachlassende Akzeptanz von Regierungen (etwa) in der Mitte der Regierungszeit beschreiben, sind gut dokumentierte und sich wiederholende Phänomene. Sie werden mit dem Begriff „Midterm-Effect“ beschrieben, da sie zunächst in den USA beobachtet werden. Daher ist die strategische Relevanz von Daten in der Mitte der Regierungsperiode eher vorsichtig zu interpretieren.

Von dem Midterm-Effect profitierten ausschließlich die Grünen. Über 20 Prozent der Wahlberechtigten konnten sich eine lange Zeit vorstellen, die Grünen zu wählen, was schon zu Spekulationen führte, ob man die Grünen als eine neue Volkspartei sehen müsste (Abbildung 7). Doch bereits vor der Reaktorkatastrophe 2011 in Fukushima begann das Ansehen der Grünen zu sinken und nach einem kurzen Zwischenhoch in Folge des schweren Unfalls begann ihr kontinuierlicher Abstieg.

Projektion (Jan 1998 - BTW 2013):
 Wenn am nächsten Sonntag wirklich Bundestagswahl wäre...



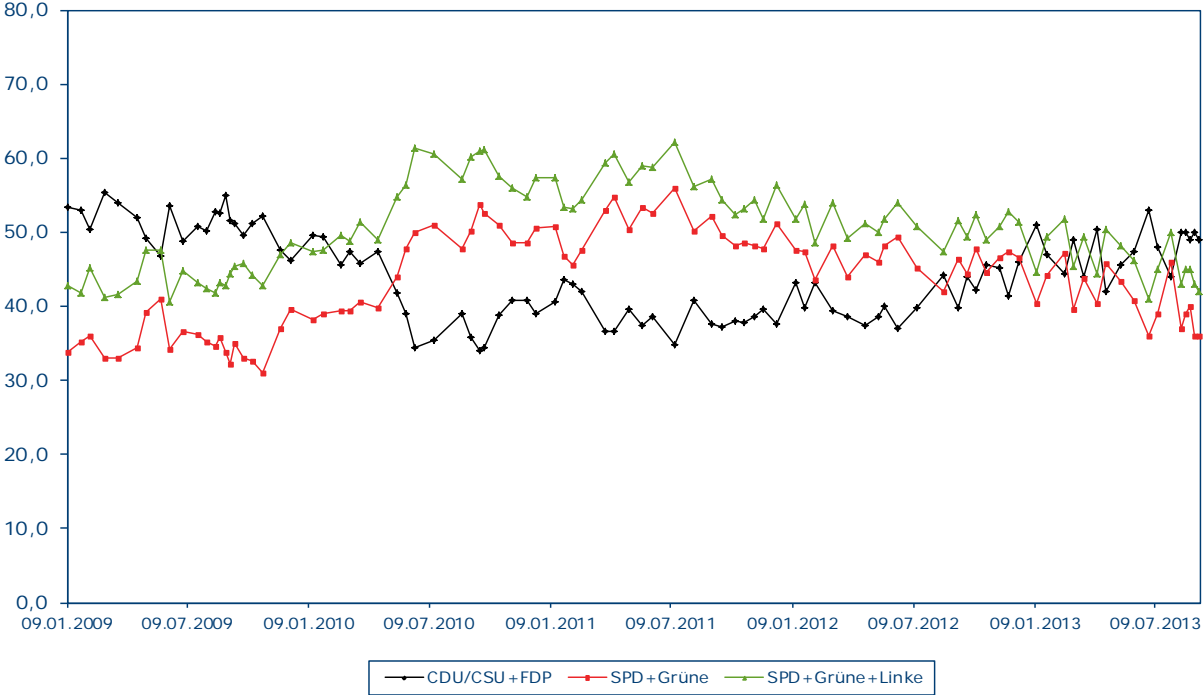
Quelle: Forschungsgruppe Wahlen: Politbarometer / Wahlergebnis 2013: Bundeswahlleiter

Abbildung 7

Gerade in der langfristigen Rückschau auf die Sonntagsfrage wird deutlich, wie flexibel und volatil, fast schon fluide die Wählerschaft geworden ist. Es gibt auf politische Ereignisse zum Teil dramatische Verschiebungen und es ist sehr schwer für eine Partei, einmal verlorenes Vertrauen wieder zurückzugewinnen. In den schweren politischen Krisen der Volksparteien konnte die jeweils andere Volkspartei zwar in den Umfragen plötzlich aufsteigen, doch sind solche Prozesse nicht von Dauer.

Nachdem der Midterm-Effect verblasste, wurde es zum Markenzeichen des Wahlkampfes, dass die politischen Lager etwa gleichauf waren. Egal welche Meinungsumfrage veröffentlicht wurde, weder Opposition noch Regierung konnten am Ende auf einen klaren Vorsprung bauen.

Politische Stimmung seit 2009:
Bürgerliches und Linkes Lager



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen: Politbarometer

Abbildung 8

Zu den weiteren Besonderheiten des Meinungsklimas zählt eine fehlende Wechselstimmung. Zwar gab es eine geringe Neigung, die FDP weiter an der Regierung zu beteiligen (im September 2013 sagten 34 Prozent, die schwarz-gelbe Koalition sollte weiter regieren; Abbildung 9; DeutschlandTREND, September Extra 2013). Gleichermäßen wünschte sich eine Mehrheit, dass die Union auch die nächste Bundesregierung führen soll. Insofern hat sich die Wechselstimmung eher an die FDP gerichtet.

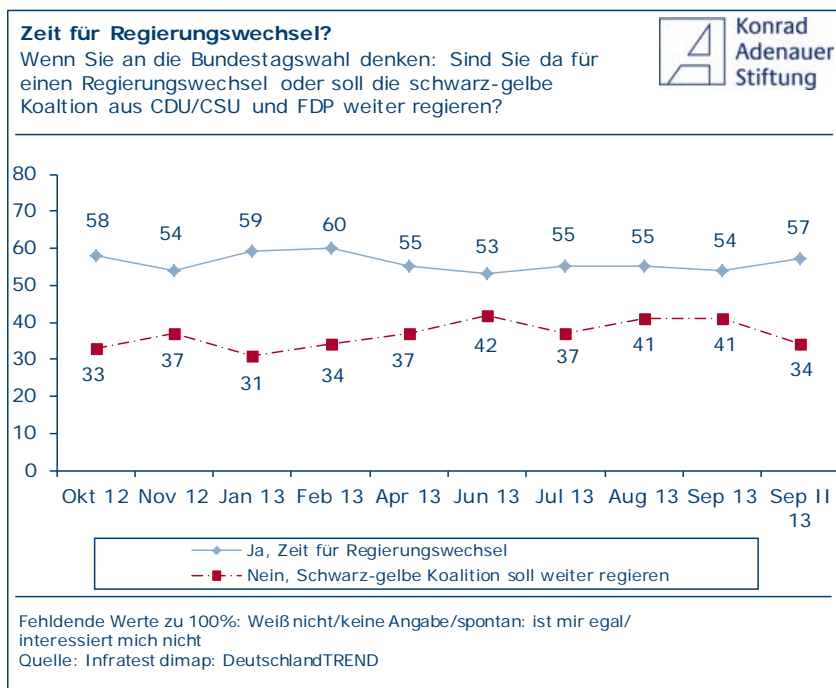


Abbildung 9

Deja-vu? Das Image der Kandidaten und die Personalisierung der Wahlentscheidung

In den letzten Jahren gibt es immer mehr Wahlen, bei denen die Personen wichtiger als die Parteien sind. Dies ist kein durchgehender Trend und auch der „König der Herzen“ kann sich unversehens in der Opposition finden, doch personelle Alternativen, die stark polarisieren oder lediglich in der engeren eigenen Anhängerschaft Akzeptanz finden, haben es heute zunehmend schwer, auf dem Wählermarkt zu bestehen.

Betrachtet man die Ausgangslage der Kanzlerkandidaten, fühlt man sich an die Situation von 2009 erinnert. Sowohl Frank Walter Steinmeier als auch Peer Steinbrück ist nicht gelungen, die große Akzeptanz von Angela Merkel zu gefährden. Was die Höhe als auch die Kontinuität der Zufriedenheit mit einem Bundeskanzler angeht, spielt Merkel in einer eigenen Liga. Während sowohl Steinmeier als auch Steinbrück von etwa einem Drittel der Wahlberechtigten bei einer Direktwahl Unterstützung erhoffen könnten, bewegte sich die Zustimmung zur Kanzlerin auf einem Niveau von etwa 60 Prozent (Abbildung 10).

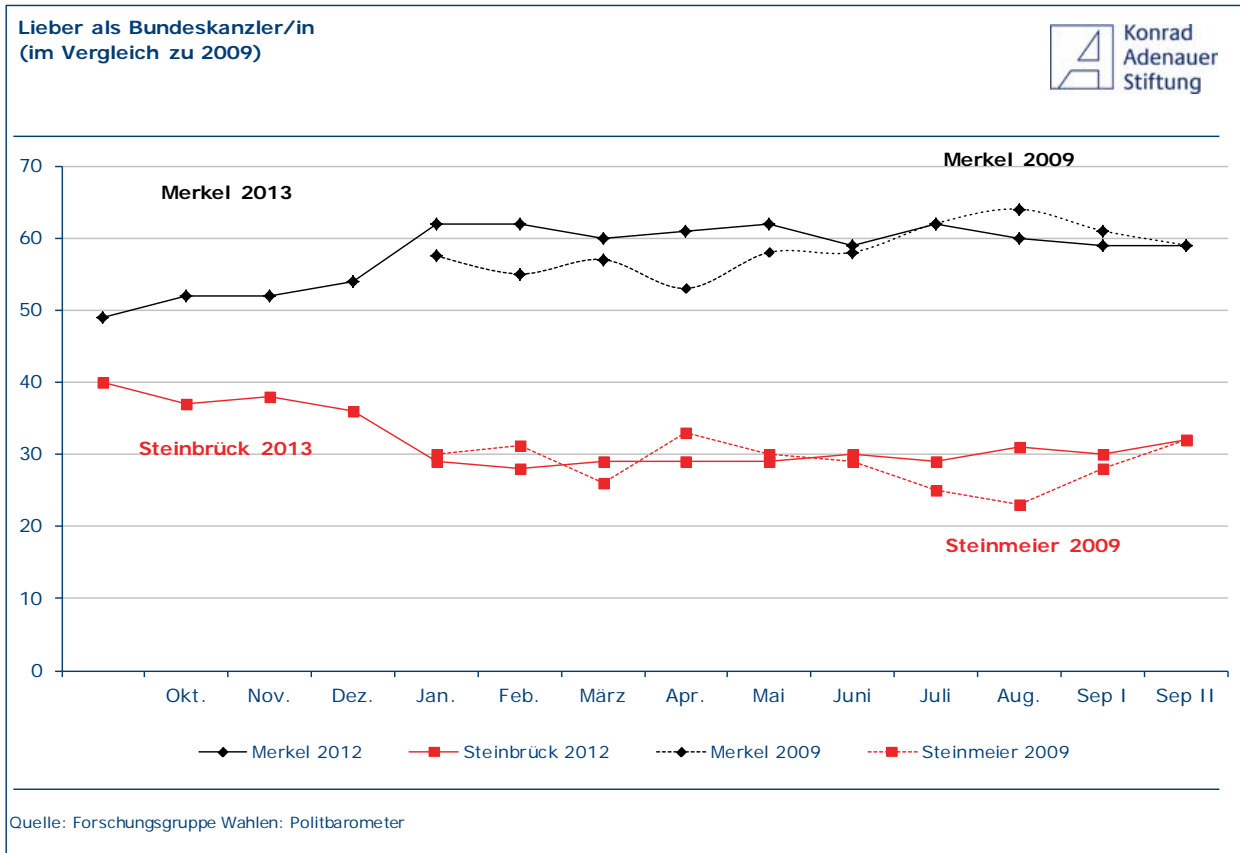


Abbildung 10

Seitdem Steinbrücks Kandidatur bekannt gegeben wurde, ist seine Zustimmung bei den Frauen dramatisch eingebrochen, während Merkel hier zulegen konnte. Selten dürfte die Kandidatenpräferenz zwischen den Geschlechtern so unterschiedlich ausgefallen sein. In den letzten Jahren hatte sich das Wahlverhalten der Geschlechter weitgehend nivelliert, so dass nur wenige Punkte zwischen den Parteien lagen. Im letzten DeutschlandTREND von Infratest dimap würden sich 58 Prozent der Frauen und 50 Prozent der Männer für Angela Merkel entscheiden; für Peer Steinbrück hätten sich gerade einmal 28 Prozent der Frauen aber 40 Prozent der Männer entschieden. Damit liegt die geschlechtsspezifische Lücke zwischen den Kandidaten bei Frauen bei 30 (!) Prozentpunkten. Dies sind Werte, auf die man in der Wahlforschung selten stößt. Ebenso bedeutsam ist die Akzeptanz bei Anhängern der Oppositionsparteien. 16 Prozent der SPD-, 22 Prozent der Linken- und 30 Prozent der Grünen-Anhänger präferieren die Amtsinhaberin (DeutschlandTREND, September 2013). Im Vorfeld der Wahl waren 70 Prozent mit der Arbeit der Bundeskanzlerin und 59 Prozent mit der Arbeit der Bundesregierung zufrieden (Forschungsgruppe Wahlen KW 36/2013).

Im Vergleich der Akzeptanz von Merkel und Steinbrück, auch außerhalb der eigenen Anhängerschaften, hat Merkel eindeutige Vorteile. Die Unionsanhänger standen quasi geschlossen hinter ihr, während der Herausforderer auch am Ende des Wahlkampfes nur bei 78 Prozent der SPD-Anhänger vorne lag. Selbst bei der Linken hätten 43 Prozent lieber Merkel als Bundeskanzlerin (Steinbrück wurde ebenfalls von 43 Prozent bevorzugt). Und auch bei den Grünen hätten sich 39 Prozent für die Amtsinhaberin entschieden. Auch für die FDP-Anhänger dürfte die Personenfrage bei der Wahlentscheidung eine große Rolle gespielt haben, denn 90 Prozent präferierten die Bundeskanzlerin (Abbildung 11; Forschungsgruppe Wahlen). Wird ausschließlich die Arbeit der Kanzlerin bewertet, sind die Anteile noch höher: In allen Anhängerschaften findet

sich eine Mehrheit, die der Ansicht ist, Angela Merkel mache ihre Sache eher gut. Selbst in den Reihen der Opposition findet sie große Anerkennung: 77 Prozent der Grünen-, 67 Prozent der SPD- und 56 Prozent der Linken-Anhänger sehen dies so (Abbildung 12).

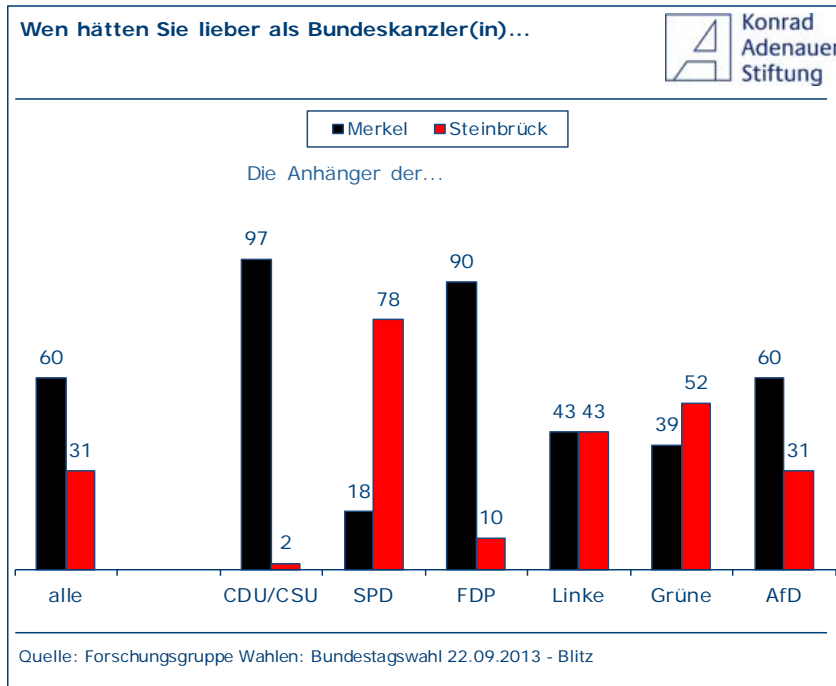


Abbildung 11

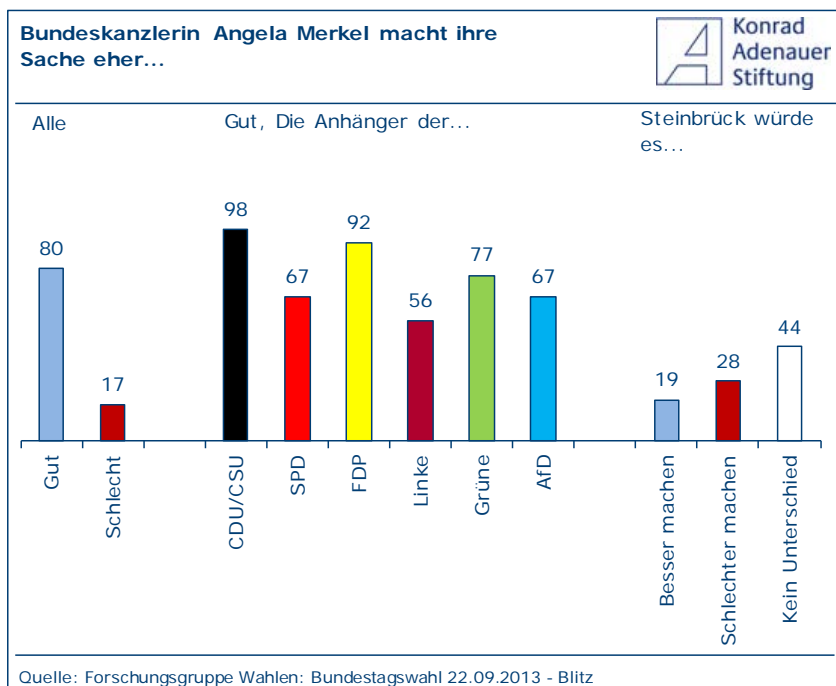


Abbildung 12

Vor diesem Hintergrund ist es nicht weiter verwunderlich, dass die Bundeskanzlerin bei allen abgefragten Werten (außer der sozialen Gerechtigkeit) deutlich besser bewertet wird als ihr Herausforderer. Sie gilt als sympathischer, glaubwürdiger, durchsetzungsfähiger, man traut ihr eher zu, die Eurokrise zu bekämpfen und besser Arbeitsplätze zu schaffen. Zudem wird ihr mehr Sachverstand zugetraut. Auch bei der allgemeinen Problemlösungskompetenz für die zukünftigen Probleme liegt sie 22 Punkte vor dem Herausforderer (Abbildung 13; Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer September I, KW 26, 2013 sowie Vorwahlumfrage). In einer anderen Abfrage kann der Herausforderer (außer beim SPD-Image-Thema soziale Gerechtigkeit) in keinem Bereich höhere Werte als die Kanzlerin erreichen (s. Abbildung 14 Infratest dimap). Interessant ist jedoch, dass Steinbrück im Bereich der sozialen Gerechtigkeit vor Merkel liegt, aber mit einem denkbar knappen Vorsprung. Im Verlauf der letzten Monate gab es Umfragen, in denen Steinbrück hier sogar kurzzeitig hinter der Kanzlerin lag. Hier erkennt man, dass er ein sozialdemokratisches Kerngebiet nicht hinreichend abdecken konnte.

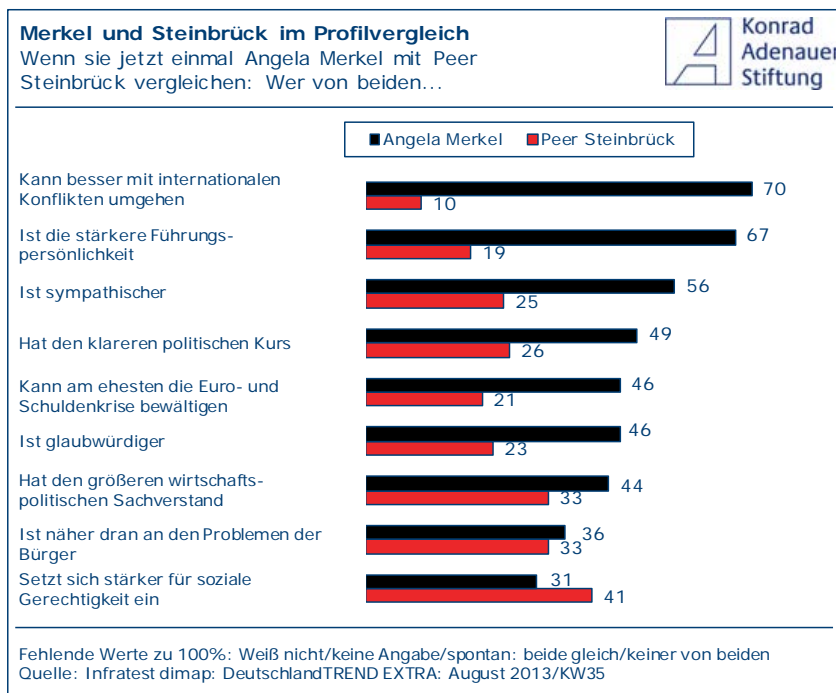


Abbildung 13

	Merkel	Steinbrück
Sympathischer	52	18
Glaubwürdiger	40	13
Durchsetzungsfähiger	54	17
Bessere Arbeitsplätze schaffen	41	11
Besser Euro-Krise bekämpfen	42	12
Eher für soziale Gerechtigkeit sorgen	26	34
Hat mehr Sachverstand	40	13
Kann besser zukünftige Probleme lösen	38	16

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen: Bundestagswahl 22.09.2013 - Blitz

Abbildung 14

Themen und Kompetenzen

Schon lange vor der Bundestagswahl ist in Meinungsumfragen eine schleichende Umwertung von Themen feststellbar. Die früher selbstverständliche Dominanz der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist auf ein deutlich niedrigeres Niveau gesunken und nicht erst, seitdem sich die wirtschaftliche Situation Deutschlands gebessert hat. Genau genommen weiß die Forschung heute nicht mehr sicher, was sie misst, wenn sie nach dem wichtigsten Thema fragt. Aus den Ergebnissen mehrerer qualitativer Befragungen der Konrad-Adenauer-Stiftung in den letzten Jahren ist der Eindruck entstanden, dass Politik selektiv wahrgenommen wird. Es wird zwar über die „große“ Politik gesprochen, man nimmt auch die wichtigsten Themen wahr und macht sich darüber Gedanken, doch richtig findet Politik erst statt, wenn man selbst oder sein unmittelbares Umfeld von Maßnahmen der Politik betroffen ist. Diese Erkenntnis ist nicht gerade neu. Eine der Folgen könnte sein, dass es kaum noch das (polarisierende) Wahlkampfthema oder die polarisierenden Themen gibt und dass sich Politik in einer recht großen wahrgenommenen Distanz bewegt. In einer Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung gaben 21 Prozent an, von politischen Entscheidungen betroffen gewesen zu sein, 77 Prozent

erkennen hingegen keine Betroffenheit und weitere 3 Prozent können sich hierzu nicht äußern⁵. Dies muss natürlich nicht für alle Zeiten und für alle Wahlen gelten, aber ein Trend ist sichtbar.

2009 und 2013 konnte dementsprechend kein beherrschendes Wahlkampfthema ausgemacht werden. Eine wichtige Rolle hat gleichwohl die positive wirtschaftliche Grundstimmung gespielt. Nach Angaben von Allensbach⁶ erwarteten 2013 26 Prozent einen wirtschaftlichen Abschwung; 2009 waren es noch 64 Prozent. Und gerade einmal 10 Prozent fürchten um die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes. Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage wird von einer Mehrheit von über zwei Dritteln positiv bewertet (Abbildung 15). Und auch auf die Zukunft wirft nur eine Minderheit einen sorgenvollen Blick. 68 Prozent sehen Deutschland gut auf die Zukunft vorbereitet (Forschungsgruppe Wahlen), ein Anstieg gegenüber 2009 von 19 Punkten und 46 Prozent bewerten die allgemeine wirtschaftliche Lage gut (2009: 9 Prozent; Forschungsgruppe Wahlen).

⁵ Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat in einer repräsentativen Umfrage unter 2.074 Befragten grundlegende politische Einstellungen und Wahrnehmungsmuster von Politik in Deutschland untersucht. Die telefonische Befragung wurde zwischen dem 17. September und 2. Oktober 2012 von der Forschungsgruppe Wahlen durchgeführt.

⁶ Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 10032 und 11004

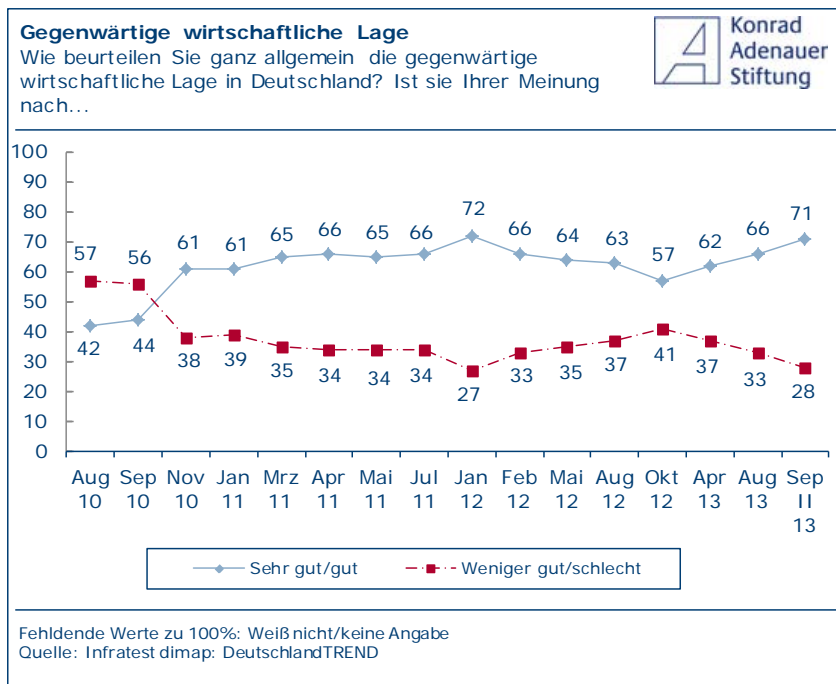


Abbildung 15

Die Forschungsgruppe Wahlen hat im Vorfeld der Wahl folgende Themen als relevant für die eigene Wahlentscheidung gemessen: Arbeitsplätze (25 Prozent), Löhne/Kosten (18 Prozent), Euro/Finanzkrise (16 Prozent), Rente (15 Prozent) und soziale Gerechtigkeit (12 Prozent). Im August erfragte Infratest dimap folgende Reihenfolge: Angemessene Löhne und Arbeitsbedingung, eine gute Absicherung im Alter, die Sicherung des persönlichen Lebensstandards, die künftige Energieversorgung, die künftige Steuerpolitik, die Zukunft des Euro und der politische Streit um die Überwachung durch die Geheimdienste. Hier bewegte sich die Spannbreite zwischen 57 und 17 Prozent. Eine klare Themenagenda sieht auf jeden Fall anders aus.

Anders verhält es sich jedoch mit den Problemlösungskompetenzen (Abbildung 16). Hier lässt sich eine klare parteipolitische Dominanz festmachen. Die Union erhält in allen wirtschaftspolitischen Kernthemen große Vertrauenswerte. 57 Prozent trauen ihr zu, die Wirtschaft in Deutschland voranzubringen, 54 Prozent sehen sie vorne im Umgang mit internationalen Konflikten. 48 Prozent sprechen ihr Kompetenzen bei der

Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen zu und 46 Prozent sind der Ansicht, sie betreibe eine gute Haushalts- und Finanzpolitik. Weitere 42 Prozent glauben, sie würde die Euro- und Schuldenkrise in den Griff bekommen. In allen diesen Problemfeldern liegt sie deutlich vor der SPD, die in keinem Feld auf Nennungen von 30 Prozent kommt, meist liegt sie deutlich darunter.

Selbst in ihren Kernkompetenzen bleibt die SPD schwach (Abbildung 16): Gerade einmal 40 Prozent nennen sie bei der sozialen Gerechtigkeit (Union 26 Prozent) und bei der Gesundheitspolitik liegt sie nur 4 Punkte vor der Union. Im Vergleich zu 2009 (in den Feldern, in denen dieser Vergleich möglich ist) hat sie in keinem einzigen Problemfeld Vertrauen hinzugewonnen. Sie konnte ihren Wert maximal halten oder auf der Basis einer sehr schwachen Ausgangslage von 2009 sogar noch verschlechtern. Selbst im Bereich soziale Gerechtigkeit büßt sie 4 Punkte ein, während die Union 7 Punkte hinzugewinnt. Auch bei den anderen Parteien sind deutliche Abschwächungen im Vergleich zu 2009 erkennbar (DeutschlandTREND September 2013). Auch nach den Angaben der Forschungsgruppe Wahlen, die im unmittelbaren Vorfeld der Wahl erhoben wurden, ergeben sich keine Unterschiede (Abbildung 17). In keinem Themenfeld, außer der sozialen Gerechtigkeit und auch dort nur knapp, kann die SPD bessere Kompetenzwerte als die Union vorweisen. Lediglich im Bereich Familie liegen die Volksparteien Kopf an Kopf. Besonders deutlich wird die Differenz, wenn es um die sogenannte Superkompetenz, nämlich die Bewältigung zukünftiger Aufgaben, geht. Hier legt die Union im Vergleich zur Vorwahl um 10 Punkte auf 39 Prozent zu, während die SPD auf recht niedrigem Niveau verharrt (2009: 18; 2013: 20 Prozent).

Parteikompetenzen

Ich nenne Ihnen jetzt einige ausgewählte politische Aufgaben. Bitte sagen Sie mir jeweils, welcher Partei Sie am ehesten zutrauen, diese Aufgaben zu lösen.



	CDU	SPD	FDP	Linke	Grüne	Keiner Partei/ weiß nicht
Die Wirtschaft in Deutschland voranbringen	57 (+3)	21 (+1)	4 (±0)	1 (+1)	2 (-1)	13 (-4)
Mit internationalen Konflikten umgehen	54	20	3	3	4	15
Arbeitsplätze sichern und neue schaffen	48 (+5)	26 (-3)	2 (-1)	3 (+1)	3 (±0)	16 (-3)
Gute Haushalts- und Finanzpolitik betreiben	46 (±0)	25 (+2)	3 (-1)	2 (+1)	4 (±0)	19 (-2)
Euro- und Schuldenkrise in den Griff bekommen	42 (-3)	18 (+4)	1 (±0)	2 (+1)	2 (+1)	33 (-2)
Gute Bildungspolitik betreiben	38 (-1)	30 (+2)	3 (-1)	4 (+1)	7 (-2)	17 (+3)
Gute Steuerpolitik betreiben	33 (+2)	29 (-1)	6 (+1)	4 (+2)	3 (-1)	24 (-3)
Für gute Familienpolitik und Kinderbetreuung sorgen	32 (+4)	32 (+1)	2 (±0)	5 (+1)	11 (-4)	16 (±0)
Altersversorgung langfristig sichern*	31 (-1)	31 (-6)	2 (+1)	5 (+2)	3 (±0)	27 (+3)
Gute Gesundheitspolitik betreiben	29 (±0)	33 (+3)	4 (±0)	3 (+1)	8 (-3)	22 (±0)
Für soziale Gerechtigkeit sorgen	26 (+4)	40 (+2)	2 (-1)	8 (±0)	5 (-4)	16 (-2)
Für bezahlbare Energie sorgen	23	23	2	4	22	25

Angaben in Klammern: Vergleich zu Juni 2013/*Vergleich zu Dezember 2012
 Fehlende Werte zu 100%: Sonstige Partei/keine Angabe
 Quelle: Infratest dimap: DeutschlandTREND September 2013

Abbildung 16

	CDU/CSU	SPD	Grüne	Keine
Arbeitsplätze	40	22		13
Wirtschaft	47	17		17
Eurokrise	38	19		6
Rente	29	25		18
Soziale Gerechtigkeit	26	35		7
Steuern	32	27		8
Familie	30	29	9	6
Energie	22	10	35	8
Zukunft	39	20	3	15

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen: Bundestagswahl 22.09.2013 - Blitz

Abbildung 17

Die Wählerwanderungsbilanzen⁷

Bei der Bundestagswahl gab es erhebliche Wanderungen zwischen den Parteien und auch Bewegungen vormaliger Nichtwähler. Die stärksten Bewegungen fanden zwischen der Union und der FDP statt. 2.110.000 Wähler konnte die Union im Saldo von den Liberalen gewinnen. Die zweitgrößte Zuwanderung erhielt die SPD aus dem Lager ehemaliger Grünen-Wähler, von denen 550.000 zur SPD wanderten. Aber auch der Zustrom von 530.000 ehemaligen FDP-Wählern zu den Sozialdemokraten ist ein erheblicher Zuwachs.

Ungewöhnlich ist der große Anteil von Wählerinnen und Wählern, die bei dieser Wahl von den Grünen zur Union gewandert sind, weil sich hier der Wähleraustausch normalerweise in Grenzen hält. Hier ist im Saldo ein Plus von 420.000 Stimmen zu verzeichnen. Dass hier die Steuerpläne der Grünen eine Rolle gespielt haben mögen, ist nicht ganz unwahrscheinlich.

⁷ Infratest dimap

Die Linke verlor ihr größtes Wählerreservoir an die Sozialdemokraten (-370.000). Beachtlich sind auch die Verluste der FDP an die AfD: 430.000 ehemalige FDP-Wähler wechselten zu dieser Partei. Aber auch die Linken-Wähler zeigten eine starke Affinität für die AfD. 340.000 verließen die Linke und wechselten zur AfD. Zudem wanderten 410.000 ehemalige Nichtwähler zur AfD.

Drei Parteien profitierten von der gestiegenen Wahlbeteiligung: 1.130.000 Nichtwähler stimmten für die Union, 360.000 für die SPD und 210.000 für die AfD. Alle anderen Parteien litten unter Wahlabstinz ihrer Wähler.

Das Wahlverhalten in verschiedenen Bevölkerungsgruppen bei der Bundestagswahl⁸

Auch bei dieser Wahl spiegeln sich die großen Trends im Wahlverhalten der Bevölkerung wider. Generell sollte man bei „forensischen“ Interpretationen der Sozialstruktur Vorsicht walten lassen. Die Sozialstruktur erklärt nur zu einem geringen Teil das Wahlverhalten der Menschen. Und Prozentpunktdifferenzen von unter 5 Punkten sind nicht wirklich ein Unterschied. Daher werden hier nur die wesentlichen Trends beschrieben. Für die Feinschmecker lohnt ein Blick in die Tabellen.

Je älter die Wähler sind, desto stärker neigen sie zu den Volksparteien. Die Union erhält somit mit einem Anteil von 53 Prozent bei den über 60-jährigen Frauen ihr bestes Einzelergebnis, bei der SPD sind es umgekehrt die über 60-jährigen Männer, von denen die Partei einen Anteil von 30 Prozent erhält (Infratest dimap). Die Grünen schneiden bei jüngeren Wählergruppen besser ab als bei älteren, verlieren dort aber auch überdurchschnittlich. Die Union hat die stärksten Zuwächse in den mittleren Altersgruppen, dort schneidet die SPD hingegen am

⁸ Die Ergebnisse von Infratest dimap und der Forschungsgruppe Wahlen werden hier zusammengefasst und nur dort zitiert, wo konkrete Zahlen genannt werden.

schlechtesten ab. Die FDP verliert verhältnismäßig homogen in allen Altersgruppen Wähler. Auch die Verluste der Linken weisen keine Besonderheiten auf. Die AfD schneidet vor allem bei älteren Frauen unterdurchschnittlich ab.

Die Gewinne und Verluste der Parteien in den unterschiedlichen Bildungsgruppen weisen auch keine nennenswerten Besonderheiten auf. Die beiden Volksparteien gewinnen auch bei dieser Wahl vor allem Wähler mit mittleren und niedrigen Bildungsabschlüssen, die SPD besonders Wähler mit niedrigen Abschlüssen. Die Grünen schneiden überdurchschnittlich bei Wählern mit hohen Bildungsabschlüssen ab. Bei den anderen Parteien sind die Effekte eher schwach ausgeprägt.

Die Union legt bei Selbständigen deutlich zu, dort hat die FDP ihre stärksten Verluste. Starke Zuwächse hat sie auch bei Landwirten (+16 Punkte, Forschungsgruppe Wahlen). Auch Beamte entscheiden sich etwas überdurchschnittlich für die Union, wobei auch die Grünen hier überdurchschnittlich abschneiden. Allerdings bedeutet dies, dass 44 Prozent der Beamten für die Union und 13 Prozent für die Grünen stimmen. Die stärkste (nicht die größte) Wählergruppe bei der Linken sind die Arbeitslosen, aber auch bei Arbeitern genießt sie leicht überdurchschnittlichen Rückhalt.

Die Union hat bei Protestanten überdurchschnittlich gewonnen (+10 Punkte) und wird von 42 Prozent der Protestanten und 52 Prozent der Katholiken unterstützt (Infratest dimap). Die Grünen und die Linke haben einen leichten Vorsprung bei den Konfessionslosen. Traditionell gehören kirchennahe Katholiken zum Stammwählerpotential der Union. Und hier hat die Bindung keine Eintrübung erfahren. 72 Prozent der Katholiken mit

häufigem Kirchgang⁹ entschieden sich für die Union (Forschungsgruppe Wahlen).

Die Unterschiede zwischen den neuen und alten Ländern zeigen sich zwar im unterschiedlich guten oder schlechten Abschneiden der Parteien, doch sind die Strukturen weitgehend vergleichbar. Auffällig ist lediglich, dass die AfD bei Männern in der Altersgruppe 25-45 Jahre sowie bei Arbeitern in den neuen Ländern überdurchschnittlich gut abschneidet.

⁹ Allerdings beträgt der Anteil aller Katholiken mit hoher Kirchenbindung zwei Prozent des Exit-Polls (also der Urnenwähler).

Wählergruppen besser ab als bei älteren, verlieren dort aber auch überdurchschnittlich. Die Union hat die stärksten Zuwächse in den mittleren Altersgruppen, dort schneidet die SPD hingegen am schlechtesten ab. Die FDP verliert verhältnismäßig homogen in allen Altersgruppen Wähler. Auch die Verluste der Linken weisen keine Besonderheiten auf. Die AfD schneidet vor allem bei älteren Frauen unterdurchschnittlich ab.

Die Gewinne und Verluste der Parteien in den unterschiedlichen Bildungsgruppen weisen auch keine nennenswerten Besonderheiten auf. Die beiden Volksparteien gewinnen auch bei dieser Wahl vor allem Wähler mit mittleren und niedrigen Bildungsabschlüssen, die SPD besonders Wähler mit niedrigen Abschlüssen. Die Grünen schneiden überdurchschnittlich bei Wählern mit hohen Bildungsabschlüssen ab. Bei den anderen Parteien sind die Effekte eher schwach ausgeprägt.

Die Union legt bei Selbständigen deutlich zu, dort hat die FDP ihre stärksten Verluste. Starke Zuwächse hat sie auch bei Landwirten (+16 Punkte, Forschungsgruppe Wahlen). Auch Beamte entscheiden sich etwas überdurchschnittlich für die Union, wobei auch die Grünen hier überdurchschnittlich abschneiden. Allerdings bedeutet dies, dass 44 Prozent der Beamten für die Union und 13 Prozent für die Grünen stimmen. Die stärkste (nicht die größte) Wählergruppe bei der Linken sind die Arbeitslosen, aber auch bei Arbeitern genießt sie leicht überdurchschnittlichen Rückhalt.

Die Union hat bei Protestanten überdurchschnittlich gewonnen (+10 Punkte) und wird von 42 Prozent der Protestanten und 52 Prozent der Katholiken unterstützt (Infratest dimap). Die Grünen und die Linke haben einen leichten Vorsprung bei den Konfessionslosen. Traditionell gehören kirchennahe Katholiken zum Stammwählerpotential der Union. Und hier

hat die Bindung keine Eintrübung erfahren. 72 Prozent der Katholiken mit häufigem Kirchgang⁹ entschieden sich für die Union (Forschungsgruppe Wahlen).

Die Unterschiede zwischen den neuen und alten Ländern zeigen sich zwar im unterschiedlich guten oder schlechten Abschneiden der Parteien, doch sind die Strukturen weitgehend vergleichbar. Auffällig ist lediglich, dass die AfD bei Männern in der Altersgruppe 25-45 Jahre sowie bei Arbeitern in den neuen Ländern überdurchschnittlich gut abschneidet.

⁹ Allerdings beträgt der Anteil aller Katholiken mit hoher Kirchenbindung zwei Prozent des Exit-Polls (also der Urnenwähler).